

Maik Beermann

Beerlin ganz nah

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten

Ausgabe KW 11

Erdogan ist nicht die Türkei 2

Wir schauen nach vorne, die SPD zurück 3

Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge 3

Arzneimittelversorgung wird verbessert 3

Der Bundesrat weigert sich 4

Gastredner beim Wirtschaftsrat 4

Einführung eines Hinterbliebenengeldes 5

Längeres Arbeitslosengeld hat Nachteile 5

Agenda 2010 wirkt 5

6 Kreisjugendfeuerwehrtag

6 Kinder für die Natur begeistern

7 Besuch der Polizeiakademie

7 Neue Rettungswache

8 Deutsch-Amerikanische Gesellschaft

8 Glückwunsch an die Nominierten

Erdogan ist nicht die Türkei

Um es klipp und klar zu sagen: Die Nazi-Vergleiche des türkischen Präsidenten Erdogan sind inakzeptabel und klar zurückzuweisen. Wer das demokratische Deutschland mit dem des Nationalsozialismus gleichsetzt, überschreitet nicht nur jedes Maß, sondern disqualifiziert sich selbst. Er relativiert damit auch in unerträglicher Weise die furchtbaren Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus.

Im Übrigen haben wir keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von einem türkischen Autokraten notwendig, der wie Erdogan in der Türkei erhebliche Defizite in Sachen Meinungs- und Pressefreiheit, Religionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit hat.

Der Umgang mit der Türkei ist ein emotionales Thema, das die Menschen in Deutschland sehr bewegt. Wir wollen nicht, dass innertürkische Konflikte in unserem Land ausgetragen werden. Wir müssen jedoch einen kühlen Kopf bewahren, um eine Spirale der Eskalation zu vermeiden und Erdogan nicht in die Opferrolle hineinzutreiben, die er für seine politischen Zwecke in der Türkei braucht.



Die oberste politische Tugend ist die Klugheit.

Und politisch klug ist es, zu unseren Werten

wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die uns in Deutschland stark machen, zu stehen. Deshalb macht es keinen Sinn, ein generelles Versammlungsverbot mit Auftritten türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland zu verhängen, solange Recht und Gesetz eingehalten werden und solange im Voraus klar ist, wer zu einer Veranstaltung als Redner kommt. Wer aber in unserem Land bei Veranstaltungen uns als faschistisch beschimpft, der ist hier unerwünscht.

Das hat nichts mit Duckmäusertum oder Erpressbarkeit zu tun, wie allenthalben zu lesen ist. Deutschland ist von der Türkei nicht erpressbar. Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei ist auch in türkischem Interesse, weil mehrere Milliarden Euro für die Versorgung der in der Türkei lebenden Flüchtlinge fließen und dem menschenunwürdigen Schlepperunwesen in der Ägäis ein Ende bereitet wurde. Die Türkei hat erhebliche wirtschaftliche Probleme, weshalb sie auf die Zusammenarbeit mit der EU angewiesen ist. Daher sollten wir dieses Gerede von der angeblichen Erpressbarkeit der Bundesregierung bleiben lassen. Es wird vom Wiederholen nicht richtiger.

Wir sollten bei all dem nicht vergessen: Die Türkei ist nicht gleich Präsident Erdogan. Es gibt viele menschliche Bindungen und Freundschaften zwischen Deutschen und Türken, es gibt viele Bürger mit türkischen Wurzeln in Deutschland. Uns ist an einem guten Verhältnis mit ihnen und an einem inneren Frieden in unserem Land gelegen.

Wir schauen nach vorne, die SPD zurück

Die SPD schickt sich an, den vierten Bundestagswahlkampf mit der Agenda 2010 zu führen. Wenn die Sozialdemokraten eine „Agenda rückwärts“ wollen, sollen sie es gerne damit versuchen. Das geht an den tatsächlichen Herausforderungen unseres Landes, an den Sorgen der Menschen vorbei.

Der Kandidat versucht sich in Augenwischerei, wenn er behauptet, die Union habe die innere Sicherheit in Deutschland riskiert – während vier der fünf unsichersten Bundesländer von der SPD geführt werden. In NRW kann man kaum noch von „Sicherheitslage“ sprechen, wenn man die Probleme bei der inneren Sicherheit betrachtet: Hooligan-Krawalle und Silvesternacht in Köln, die meisten Einbrüche und schlechte Aufklärungsquote hat die SPD dort zu verantworten.

Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge

Mit dem Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Betriebsrentenstärkungsgesetz), dem wir uns in der ersten Lesung gewidmet haben, wollen wir uns nachhaltigen Veränderungen der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland, die unter anderem das Sozialpartnermodell betreffen, annehmen.

Wir legen deshalb die Grundlage für eine reine Beitragszusage in Tarifverträgen anstelle der bisherigen Zusage mit Mindestleistung sowie für die Weitergabe ersparter Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe von 15 Prozent. Weitere Regelungsbereiche umfassen eine neue Geringverdienerförderung und die Optimierung der Riester-Rente.

Arzneimittelversorgung wird verbessert

Patienten müssen sich auch künftig darauf verlassen können, mit hochwertigen und innovativen Arzneimitteln versorgt zu werden. Gleichzeitig muss die langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Gesundheitswesens gewährleistet sein. In zweiter und dritter Lesung haben wir deshalb Maßnahmen zur Stärkung der Arzneimittelversorgung von gesetzlich Krankenversicherten und des Pharmastandortes Deutschland als solchem beschlossen. Des Weiteren entwickeln wir die mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz eingeführten Instrumente weiter, zum Beispiel durch bessere Berücksichtigung der Besonderheiten von Kinderarzneimitteln und Antibiotikaresistenz bei der Nutzenbewertung.

Wir treten damit an, die Bürgerinnen und Bürger mit unseren Ideen für Deutschland 2025 zu gewinnen. Wir schauen nach vorne, wir ruhen uns auf unseren Erfolgen der letzten Jahre nicht aus. Wir treten für eine starke Wirtschaft auch im Zeitalter der Digitalisierung ein. Wir wollen erst das Geld erwirtschaften und es dann den Schwachen in unserer Gesellschaft zugutekommen zu lassen und nicht umgekehrt wie die SPD. Mit erfolgreichem Wirtschaften sorgen wir für die Grundlage einer sicheren Rente und eines guten Gesundheits- und Pflegesystems.

Wir werden in die innere Sicherheit weiter massiv investieren und Deutschland mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sicher durch international unruhige Zeiten führen. Schließlich werden wir vor allem für Familien etwas tun, um sie zu entlasten und ihren Alltag konkret zu erleichtern.

Der Bundesrat verweigert sich

Wie kann es sein, dass in den Augen von SPD und Grünen ein Land sicher genug ist, damit wir dort Urlaub machen, aber nicht sicher genug für die eigenen Bürgerinnen und Bürger? Der Bundesrat hat kürzlich entschieden, dass Algerien, Marokko und Tunesien keine sicheren Herkunftsländer sind und zeigt damit deutlich, wohin die Reise für Rot-Rot-Grün geht.

Aber wieso wollen wir als CDU/CSU überhaupt diese Einstufung? Weil es fast ausschließlich ökonomische Motive sind, die Migranten aus diesen Ländern zur Stellung eines Asylantrages in Deutschland veranlassen. Die Anerkennungsquoten sind verschwindend gering. Mit der Einstufung zu sicheren Herkunftsländern könnten wir Asylanträge von Personen aus dem Maghreb schneller bearbeiten und damit die Verfahren zusätzlich beschleunigen.

Außerdem gehört im Zusammenhang mit Asylbewerbern aus dem Maghreb zur Wahrheit leider auch, dass sie in Deutschland überproportional an Straftaten beteiligt sind. Wir müssen deshalb alles dafür tun, dass sich ihr Aufenthalt nicht verfestigt und keine weiteren Migranten maghrebinischer Herkunft unter dem Deckmantel der Asylsuche nach Deutschland einreisen.

Unser Asylsystem soll verfolgten und hilflosen Menschen auf dieser Welt helfen. Die Menschen in Deutschland und auch die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer erwarten, dass das Geld und die Zeit, welche wir in die Asylpolitik investieren, den wirklich Hilfsbedürftigen zugute kommt. Dafür gibt es eine breite Mehrheit in der Bevölkerung. SPD, Grüne und Linke untergraben diese Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland massiv mit solchen Entscheidungen..

Gastredner beim Wirtschaftsrat

Ich war zu Gast beim Wirtschaftsrat Rheinland-Pfalz in den Räumlichkeiten der CompuGroup Medical in Koblenz. Als Gastredner habe ich die eHealth Strategie der CDU für die nächsten Jahre vorgestellt. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen bringt viele Vorteile - gerade auch in den ländlichen Räumen. Wir müssen Treiber in diesem Segment sein. Das Ziel muss kurzfristig die Einführung einer digitalen Patientenakte sein. Dabei liegt die Hoheit der Daten selbstverständlich beim Versicherten und nirgends anders.



Einführung eines Hinterbliebenengeldes

Gemäß einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag berieten wir in erster Lesung die Einführung eines Entschädigungsanspruchs für Menschen, die einen nahen Angehörigen durch Fremdverursachung verloren haben. Leid und Trauer können selbstverständlich nicht in Geld aufgewogen werden. Die Rechtsordnung muss das mit der Tötung eines nahestehenden Menschen verbundene seelische Leid über das bisher beschränkte Maß jedoch zumindest anerkennen. Anspruchsberechtigt sind Hinterbliebene, die in einem besonderen persönlichen Näheverhältnis zum Getöteten stehen, welches bei Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnern, Eltern und Kindern vermutet wird. Die Anspruchshöhe wird in das Ermessen der Gerichte gestellt.

Längeres Arbeitslosengeld hat Nachteile

Die Arbeitsmarktforschung zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der Dauer der Arbeitslosigkeit existiert. Der Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Holger Schäfer kommt zu dem Ergebnis, dass eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, wie von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gefordert, falsche Anreize setze und die gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefährde.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der Agenda 2010 merklich gebessert. Schäfer zufolge laufe eine Rücknahme der Reformen Gefahr, die erzielten Erfolge zunichte zu machen, da eine verlängerte Bezugsdauer dazu führe, dass in Sachen Lohn die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Arbeitslosen immer weiter auseinander ginge. Großzügige soziale Leistungen gingen mit entsprechend höheren Lohnansprüchen an eine neue Beschäftigung einher. Auch eine Verschärfung der Befristungsquoten hält der Arbeitsmarktforscher für unnötig.

Agenda 2010 wirkt

Seit Einführung der Reformagenda fiel die Zahl der Arbeitslosen von mehr als fünf Millionen Anfang 2005 auf rund 2,76 Millionen im Februar 2017. Forscher der Universität Mainz führen diese Entwicklung unter anderem auf die bessere Vermittlungsarbeit zurück, die alleine für die Senkung der Arbeitslosenrate um zwei Prozentpunkte verantwortlich sei.

Im Zuge des Umbaus der Arbeitsbehörden kamen statistisch gesehen deutlich weniger Arbeitslose auf einen Vermittler. Im selben Zeitraum entstanden 2,7 Millionen neue, unbefristete und sozialversicherte Jobs. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge hätten die gute Konjunktur und moderate Lohnabschlüsse die Reformwirkung weiter unterstützt.

Zwar kletterte die Zahl der Leiharbeiter von gut 300 000 im Jahr 2013 auf eine Million im Jahr 2016, dies habe laut IAB-Forschern jedoch auch positive Folgen: Bei der Hälfte der Leiharbeit handele es sich um zusätzliche Stellen.

Kreisjugendfeuerwehrtag

1529 Jugendliche und Kinder engagieren sich kreisweit in den Jugend- und Kinderfeuerwehren im Landkreis Nienburg. Insgesamt wurden mehr als 123.000 Stunden ehrenamtliche Arbeit geleistet. Das macht deutlich, welche hervorragende Jugendarbeit in den einzelnen Wehren geleistet wird und da darf man auch mal stolz auf diese Truppe sein!



Kinder für die Natur begeistern

Begeisterte Kinderaugen, Fragen die eben nur Kinder stellen und Kinder die sich von Kindesbeinen an mit unserer Natur auseinandersetzen - das alles findet in den Waldkindergärten statt. Die Deutsche Baumkönigin 2017 Anne Bente Schnoor aus Schleswig Holstein und ich waren bei den Waldflöhen in Rodewald und bei den Pützelzwergen in Wendthagen. Gemeinsam haben wir dort mit den Kids den Baum des Jahres 2017, die GemeineFichte gepflanzt. Kinder sind unsere Zukunft - schön, wenn sie sich schon so früh und das mit Begeisterung für unsere Natur interessieren.



Besuch der Polizeiakademie

Das Thema Innere Sicherheit treibt uns alle um. Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Jan Ahlers, dem Vorsitzenden des Innenausschusses im Niedersächsischen Landtag, habe ich die Polizeiakademie Niedersachsen in Nienburg besucht, an der derzeit 550 Studierende für den Polizeidienst vorbereitet werden.

In einem interessanten Gespräch mit dem Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, Dieter Buskohl, haben wir u.a. über die Herausforderungen der Polizistinnen- und

Polizistenausbildung diskutiert. Einig waren wir uns, dass jene, die tagtäglich ihren Kopf für unsere Sicherheit hinhalten Respekt und Wertschätzung verdient haben.

Ferner bin ich der Meinung, dass die Gängelei mit Kennzeichnungspflichten, das Abwiegen von Pfefferspraydosen vor und nach Einsätzen, wie auch das Infrage stellen der Hunde- und Reiterstaffel aufhören muss. Wer sich für unsere Sicherheit einsetzt, muss gut ausgestattet sein und vernünftig bezahlt werden.



Neue Rettungswache

Seit einem knappen halben Jahr ist die neue Rettungswache des DRK an der Großen Drakenburger Straße in Nienburg in Betrieb. Anlass für mich, sich vor Ort zu informieren. Es ist ein „Glücksfall“, dass das DRK bei der Ausschreibung des Rettungsdienstes den Zuschlag bekommen hat. Damit bleibt uns ja auch erfahrenes, lokal verwurzeltes und qualifiziertes Personal dauerhaft erhalten!



Deutsch-Amerikanische Gesellschaft

Kürzlich war mein Bundestagskollege, unser Außenpolitische Sprecher und Koordinator für transatlantische Beziehungen, Jürgen Hardt zu Gast bei der Schaumburger Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft. Auf Einladung des Vorsitzenden Jürgen Watermann hielt er im Kreistagssaal des Kreishauses in Stadthagen einen sehr interessanten Vortrag zum Thema "Die USA nach dem Präsidentenwechsel - Was kommt auf uns zu?"



Glückwunsch an die Nominierten

Die CDU-Kreisverbände Nienburg und Schaumburg wählten in den vergangenen Tagen ihre Kandidaten für die Landtagswahl am 14. Januar 2018 und ich darf an dieser Stelle...



Martin Brüggemann



Colette Thiemann



Dr. Frank Schmädke



Karsten Heineking

zur Nominierung gratulieren und wünsche viel Erfolg im Wahlkampf und bei der Wahl!